

## Medienmitteilung

Thema	Grünliberale wollen die Risiken der Kernenergie ökonomisch abbilden
Für Rückfragen	Martin Bäumle, 079 358 14 85
Absender	Grünliberale Partei Schweiz, Postfach 367, 3000 Bern 7 Tel +41 31 322 60 57, eMail <a href="mailto:schweiz@grunliberale.ch">schweiz@grunliberale.ch</a> , <a href="http://www.grunliberale.ch">www.grunliberale.ch</a>
Datum	10.06.2010

Martin Bäumle, Nationalrat und Präsident der Grünliberalen, will mit einer parlamentarischen Initiative eine Risikoprämie auf Atomstrom einführen

Die Grünliberalen sind enttäuscht, dass der Nationalrat den Vorschlag einer Risikoprämie von 5 Rappen pro Kilowattstunde Atomstrom abgelehnt hat. Dieses Geld sollte für Anlagen zur Gewinnung erneuerbarer Elektrizität eingesetzt werden, um so dem Risiko der KKW nicht nur marktwirtschaftlich einen Preis zu geben, sondern um deren Risiken gleichzeitig schrittweise zu beseitigen. Kernkraftwerke überwälzen seit jeher das bestehende Restrisiko an den Staat. Dies wäre auch eine Chance für die Wirtschaft, indem die Gelder direkt reinvestiert würden und ein Grossteil der Wertschöpfung als Investitionswachstum in der Schweiz bliebe.

Jeder Unternehmer muss eine Haftpflichtversicherung abschliessen, die das höchstmögliche Risiko abdeckt, welches weit grösser ist als die drohenden Gefahren und im Prinzip nie eintreffen werden. Die grosse Ausnahme sind die Kernkraftwerke. Diese müssen nur minimale Risiken abdecken. Das Restrisiko wird seit Betriebsbeginn vom Staat abgedeckt. Es besteht zugunsten der Kernenergie eine Marktverzerrung. Eine volle Versicherungsdeckung würde pro Kilowattstunde bis zu 50 Rappen ausmachen. Damit wäre die Kernenergie bei echter Kostenwahrheit im Markt nicht konkurrenzfähig. Die vorgeschlagenen 5 Rappen hätten nur einen minimalen Teil der Versicherung abgedeckt.

### Parlament nicht an Kostenwahrheit interessiert

Die Grünliberalen sind überzeugt, dass das Parlament sich der Diskussion um die wahren Kosten der Kernenergie verschliessen will, um neue Kernkraftwerke salonfähig zu machen. „Während im Parlament der Markt gepredigt wird und bei allen anderen Energien Marktfähigkeit gefordert wird, wird die Kernenergie staatlich weiterhin subventioniert und das Restrisiko dem Steuerzahler übertragen“ sagt Martin Bäumle.

Die Grünliberalen gehen davon aus, dass das Risiko der Kernenergie im Markt offensichtlich nicht versicherbar ist. Deshalb wollen die Grünliberalen das Risiko dadurch reduzieren, dass man es schrittweise beseitigt. Das Geld, das nach und nach eingeht, sollte in einen Fonds einbezahlt werden, welcher eingesetzt wird, um Anlagen für erneuerbaren Strom zu bauen. Mit den Geldern aus der Prämie könnte die Stromproduktion der heutigen Kernkraftwerke in den nächsten dreissig Jahren schrittweise eins zu eins ersetzt werden. Das Geld würde investiert und so direkt wieder in die Wirtschaft zurückfliessen und dort für Wachstum sorgen.

Das reale Ereignis Tschernobyl hat riesige Flächen v.a. in der Ukraine und Weissrussland betroffen. Umgerechnet auf Gösigen würde das Dreifache der Schweizer Landesfläche betroffen und eine Sperrzone, so gross ist wie der Kanton Aargau und Teile des Kantons Zürich, wäre für mindestens 100 Jahre nicht mehr bewohnbar. Wenn also dieser Fall – der nie eintreten darf und wahrscheinlich nie eintreten wird – doch eintritt, würde er nicht nur Kosten von 4500 Milliarden entstehen, sondern die Schweiz würde aufhören zu existieren. "Das Restrisiko ist dasjenige Risiko, das uns den Rest gibt" sagt Martin Bäumle.

### Alle Risiken gleich behandeln

Bei den Grossbanken sind sich alle einig, dass man Lösungen für die "Too big zu fail"-Problematik finden muss. Das Risiko bei einem Ausfall einer der beiden Schweizer Grossbanken wurde von Ökonomen auf 200 bis 300 Milliarden geschätzt. Gefordert wurde u. a. von Herrn Blocher eine Risikoprämie nach Muster des Vorstosses der Grünliberalen,

der damals bereits eingereicht war. Gleichzeitig verfügt die Schweiz über fünf Kernkraftwerke mit einem potenziellen Risiko von je 5000 Milliarden. Die Grünliberalen finden, dass auch dieses Risiko adäquat versichert werden muss und werden sich weiterhin dafür einsetzen, dass alle Energieformen fern von Partikularinteressen mit voller Kostentransparenz und mit gleichen Ellen gemessen werden.